

Bundeshaushalt 1997

Unsere Finanzpolitik ist auf dem richtigen Weg

Mit einem Rückgang der Ausgaben um 2,5 Prozent und einer Nettokreditaufnahme, die den Haushaltsentwurf um 3,5 Prozent unterschreitet, ist der Bundeshaushalt 1997 dem Ziel der Koalition, die Staatsquote zu senken, einen großen Schritt nähergekommen.

Der angeblich unaufhaltsame Anstieg der Staatsausgaben ist durch strenge Haushaltsdisziplin erneut durchbrochen worden. Der Politik eröffnen sich wieder operative Handlungsspielräume und dem privaten Wirtschaftssektor neue Entfaltungsmöglichkeiten.

Im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung vorgesehen

Die notwendigen Einsparungen sind im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung vorgesehen, haben ihren Schwerpunkt bei Personalausgaben sowie nicht-investiven Ausgaben und schlagen sich in einem weiteren deutlichen Abbau der Subventionsausgaben nieder.

Die Transferleistungen in die neuen Bundesländer bleiben mit 128 Milliarden DM weiterhin auf hohem Niveau, und der Etat des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung bleibt auch 1997 mit 127,8 Milliarden DM der mit Abstand größte Einzelhaushalt.

(Siehe Seite 2 bis 12)

HEUTE AKTUELL

● Bundeshaushalt 1997

Beitrag des Bundes für Stabilität und Sparsamkeit, für mehr Wachstum und Beschäftigung. Seite 2-7

Bundesfinanzminister Theo Waigel: Es gibt ein Haushaltsrisiko: die Blockadepolitik der SPD im Bundesrat. Aus der Rede in der Haushaltsdebatte. Seite 8-12

● Europa

Deutschland und Frankreich: Eine Partnerschaft für Europa. Bundeskanzler Helmut Kohl in der französischen Wochenzeitung „Le Nouvelle Observateur“ am 28. November. Seite 16

● „Bündnis für Arbeit“

Wolfgang Schäuble: Was gar nicht oft genug in Erinnerung gerufen werden kann. Mit dem Wortlaut der Vereinbarung vom 23. Januar. Seite 18-22

● Dokumentation

Bundeskanzler Helmut Kohl: Es ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Weichen für die Zukunft zu stellen. Rede in der Haushaltsdebatte am 27. November. Grüner Teil

Bundeshaushalt 1997

– Einzelübersicht –
Ausgaben

Einzelplan	Soll 1996	Soll 1997	Veränderung gegen Vorjahr
	<i>Millionen DM</i>		<i>Prozent</i>
01 Bundespräsidialamt	29,7	31,8	+ 7,1
02 Deutscher Bundestag	928,3	905,7	- 2,4
03 Bundesrat	28,2	26,4	- 6,4
04 Bundeskanzleramt	583,5	547,8	- 6,1
05 Auswärtiges Amt	3.782,6	3.551,3	- 6,1
06 Inneres	9.119,2	8.629,2	- 5,4
07 Justiz	896,5	706,2	+ 1,1
08 Finanzen	9.760,9	7.905,8	- 19,0
09 Wirtschaft	18.585,5	16.607,4	- 10,6
10 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	12.134,8	11.795,3	- 2,4
11 Arbeit und Sozialordnung	124.555,1	127.793,6	+ 2,6
12 Verkehr	51.031,8	44.572,8	- 12,7
13 Post und Telekommunikation	364,9	344,0	- 5,7
14 Verteidigung	48.237,1	46.290,3	- 4,0
15 Gesundheit	789,8	725,6	- 8,1
16 Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	1.317,5	1.285,1	- 2,5
17 Familie, Senioren, Frauen und Jugend	12.523,0	11.697,7	- 6,6
19 Bundesverfassungsgericht	28,5	29,5	+ 3,5
20 Bundesrechnungshof	78,2	77,2	- 1,3
23 Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	8.144,7	7.651,0	- 6,1
25 Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	9.937,1	10.490,8	+ 5,6
30 Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	15.699,9	14.818,5	- 5,6
32 Bundesschuld	86.007,5	89.022,8	+ 0,0
33 Versorgung	15.510,1	15.859,9	+ 2,3
60 Allgemeine Finanzverwaltung	21.423,7	21.535,5	+ 0,5
insgesamt	451.300,0	439.900,0	- 2,5

Beitrag des Bundes für Stabilität und Sparsamkeit, für mehr Wachstum und Beschäftigung

Mit dem Bundeshaushalt 1997 wird die stabilitätsorientierte Finanzpolitik des Bundes fortgesetzt. Der 15. Jahresetat der Bundesregierung von Helmut Kohl ist durch Entschlußkraft und Durchsetzungsfähigkeit gekennzeichnet – Eigenschaften, die man bei Opposition und Bundesratsmehrheit schmerzlich vermißt. Sie verharrt in oberflächlicher Detailkritik und bleibt aber inhaltlich jede Alternative schuldig. Mit ihren Entscheidungen hat die Koalition den politischen Handlungswillen und die Gestaltungskraft in wirtschaftlich schwierigen Zeiten unter Beweis gestellt – eine positive Botschaft für Aufschwung und bessere Standortbedingungen.

● **Auf der Ausgabenseite** ist der Etat 1997 abermals von äußerster Spardisziplin gekennzeichnet. Der Rückgang der Ausgaben um 2,5 Prozent von 451 Milliarden DM auf knapp unter 440 Milliarden DM ist der gesamtwirtschaftlich richtige Weg zur Senkung der öffentlichen Lasten und Defizite. Dieser klare und zukunftsweisende Kurs der strengen Haushaltsdisziplin muß auch mittelfristig durchgehalten und verstärkt werden. Die Ausgaben des Bundes gehen, gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, von fast 13 Prozent 1996 auf 11 Prozent

im Jahr 2000 zurück. Diesem Konsolidierungskurs müssen sich die anderen Gebietskörperschaften anschließen, damit die Staatsquote mittelfristig sinken kann und so dem privaten Wirtschaftssektor mehr Entfaltungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Schon 1997 wird die Staatsquote nach etwa 50,5 Prozent 1996 auf bereits rund 49 Prozent sinken. Unserem Ziel der Senkung der Staatsquote auf den Wert vor der deutschen Einheit mit rund 46 Prozent kommen wir damit einen großen Schritt näher.

Erneut durchbrechen wir das Wagnersche Gesetz vom vermeintlich unaufhaltsamen Anstieg der Staatsausgaben. Von einer Ausgabensteigerung in Höhe von 2,4 Prozent, die der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen seiner rot-grünen Koalition offenbar genehmigen mußte, sind wir weit entfernt. Mittelfristig wird der Ausgabenanstieg konsequent begrenzt. Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate im Finanzplanungszeitraum beträgt knapp 1 Prozent. Auch der jahresdurchschnittliche Zuwachs der Ausgaben im Zeitraum 1993 bis 2000 beträgt knapp 1 Prozent. Zum Vergleich: Der durchschnittliche jährliche Zuwachs der Ausgaben im Zeitraum 1969 bis 1982 betrug 8,7 Prozent – neunmal soviel. ▶

Wirtschaft wächst schneller: BIP plus 2,4 Prozent im 3. Quartal = Wiesbaden (dpa) – Das Wirtschaftswachstum in Deutschland hat sich im dritten Quartal deutlich beschleunigt: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag real um 2,4 Prozent höher als vor Jahresfrist. Dies teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Mittwoch mit. Im zweiten Quartal hatte das BIP im Jahresvergleich um 1,2 Prozent zugelegt.
dpa vs ak · 040804 Dez 96

● **Die Nettokreditaufnahme 1997** wird gegenüber dem Entwurf um 3,2 Milliarden DM – also um 5,7 Prozent – auf 53,3 Milliarden DM gesenkt. Dennoch verdeutlicht das weiterhin hohe Niveau der Neuverschuldung, daß die Politik der Stabilität und Sparsamkeit konsequent auf Dauer durchgehalten werden muß. Denn nur durch deutliche Senkung der Kreditaufnahme wird es möglich sein, die hohe Zinsbelastung – die von 18,4 Prozent 1995 auf gut 22 Prozent im Jahr 2000 anwächst – zu brechen. Durch konsequente Rückführung der Nettokreditaufnahme eröffnen sich der Politik wieder operative Handlungsspielräume auf der Basis eines insgesamt abgesenkten Ausgabenniveaus. Die Flucht in eine höhere Verschuldung, wie sie sich aus der fatalen Bewegungslosigkeit der Opposition ergäbe, wäre nicht nur haushaltspolitisch, sondern auch wachstums-, stabilitäts- und arbeitsmarktpolitisch verhängnisvoll.

Kreditgrenzen gewahrt

Wir haben zudem erreicht, daß der Bund mit seinen Investitionen in Höhe von 59,6 Milliarden DM klar innerhalb der verfassungsrechtlichen Kreditgrenzen des Artikel 115 GG bleibt und seinen Beitrag zur Erfüllung des Maastrichter Defizitkriteriums von höchstens 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erbringt. Nach Berechnungen, die das Bundesfinanzministerium dem Finanzplanungsrat vorgelegt hat, sinkt das Defizit von Bund, Ländern und Gemeinden, einschließlich der Sonderhaushalte, von 119,5 Milliarden DM 1996 auf 99,5 Milliarden DM 1997. Wir erreichen damit ein Defizit von 2,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und unterschreiten das Maastricht-Kriterium von 3 Prozent.

● Aufgrund der niedrigeren Wachstums-erwartungen und sonstiger Faktoren hat

der Bund 1996 **Steuerauffälle** in Höhe von rund 15 Milliarden DM aufzufangen. 1996 werden die Steuereinnahmen des Bundes nach den jüngsten Schätzungen rund 341 und 1997 rund 345 Milliarden DM betragen. Zu geringeren Steuereinnahmen kommen für den Bund konjunkturell bedingte Mehrbelastungen in den Bereichen Arbeitsmarkt und Rentenversicherung hinzu.

Einsparungen unverzichtbar

Um trotzdem die stabilitätsorientierte und vertrauenbewahrende Finanzpolitik fortzusetzen, sind die im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung enthaltenen Einsparungen für den Haushalt 1997 unverzichtbar. Das Programm ist zugleich ein notwendiger Bestandteil dringend erforderlicher Strukturreformen für den Standort Deutschland.

● Der Schwerpunkt der Konsolidierungsmaßnahmen im Bundeshaushalt liegt bei den **Personalausgaben** und den **nicht-investiven Ausgaben**. Der seit 1993 laufende **Personalabbau** in der Bundesverwaltung wird 1997 mit einer weiteren Abbaustufe von 2,0 Prozent fortgesetzt. Unter Berücksichtigung aller Veränderungen und Stelleneinsparungen reduziert sich die Stellenzahl des Bundes 1997 gegenüber dem Vorjahr um etwa 7.000 auf etwa 318.000. Gegenüber dem Höchststand von rund 381.000 Stellen im Jahre 1992 wird der Stellenbestand des Bundes damit innerhalb von fünf Jahren um rund 16,5 Prozent zurückgeführt.

Die Einsparungen schlagen sich auch in einem weiteren deutlichen **Abbau der Subventionsausgaben** nieder. Gegenüber dem Vorjahr gehen die Finanzhilfen des Bundes um fünf Prozent zurück. Reduziert werden insbesondere die Finanzhilfe für die Kohle sowie die regionalen Strukturmaßnahmen.

Im steuerlichen Bereich werden Steuer-
vergünstigungen mit einem Gesamtvolumen
von rund 1,7 Milliarden DM (Bund:
rund 750 Millionen DM) abgebaut.

● **Die Transferleistungen** in die neuen
Länder bleiben mit 128 Milliarden DM
weiterhin auf hohem Niveau. Schwer-
punkte sind weiterhin der Ausbau der Ver-
kehrsinfrastruktur, die Investitionsförde-
rung Aufbau Ost, die Forschungsförde-
rung und die Gemeinschaftsaufgabe zur
Verbesserung der regionalen Wirtschafts-
struktur. Neben den Transferleistungen an
die neuen Bundesländer werden für die
Erblasten jährlich rund 25 Milliarden DM
an Zinsen aufgebracht.

● Auch im Jahr 1997 bleibt der **Etat des
Bundesministeriums für Arbeit und So-
zialordnung** mit 127,8 Milliarden Mark
der größte. Insgesamt wird mehr als jede
dritte Mark des Bundesetats für soziale
Zwecke ausgegeben. Dies beweist: Der
Sozialstaat wird seiner Verantwortung für
die Menschen in Deutschland gerecht. Er
bleibt weltweit vorbildlich.

Ausgabensteigerung vermieden

Ohne die umfassenden Maßnahmen des
Programms für mehr Wachstum und Be-
schäftigung wäre eine drastische Steige-
rung der Ausgaben erforderlich geworden.
Die Arbeitslosigkeit wird im Jahr 1997 auf
etwa gleich hohem Niveau wie 1996 lie-
gen, auch wenn sich die Konjunktur er-
holt. Im Jahresdurchschnitt werden
3,952 Millionen arbeitslose Menschen er-
wartet.

Durch die seit dem 1. August 1996 in
Kraft getretenen Korrekturen bei der Früh-
verrentung durch das Mitte 1996 in Kraft
getretene Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz
soll der Bundeshaushalt im Jahr 1997 ent-
lastet werden. Primär sind in diesem Ge-
setz Regelungen enthalten, um die Ar-
beitslosenhilfebezieher besser in Arbeit zu

vermitteln. Insgesamt sollen die Ausgaben
für Arbeitslosenhilfe in Deutschland auf
16,5 Milliarden Mark begrenzt werden.

● Damit sind 55,4 Milliarden Mark der
Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit
oder fast 53 Prozent gebunden. Für frei-
willige Maßnahmen der aktiven Arbeits-
marktpolitik sind rund 31,1 Milliarden
Mark vorgesehen.

SPD blockiert im Bundesrat

Die Bundesanstalt für Arbeit hat einen Be-
darf von 9,4 Milliarden Mark als Bundes-
zuschuß angemeldet. Hierin sind für das
Jahr 1997 die bereits beschlossenen Ein-
sparungen in Höhe von rund 4,3 Milliar-
den Mark enthalten, die durch die gesetzli-
che Umsetzung des Programms für mehr
Wachstum und Beschäftigung bereits be-
schlossene Sache sind. Die von der CDU-
geführten Bundesregierung vorgesehenen
weiteren Einsparungen von mehr als
fünf Milliarden Mark, die durch die Re-
form der Arbeitsförderung sowie die an-
gekündigten Kürzungen im Rahmen des
Haushaltsgenehmigungsverfahrens der
Bundesanstalt für Arbeit erwartet werden,
sind noch zu berücksichtigen. Unter
Berücksichtigung dieser Konsolidierungs-
maßnahmen kann der Bundeszuschuß an
die Bundesanstalt für Arbeit auf 4,1 Milli-
arden DM begrenzt werden. Der Reform
der Arbeitsförderung muß der Bundesrat
zustimmen. Zur Zeit blockiert die SPD
dieses Gesetzesverfahren ebenso wie das
Asylbewerberleistungsgesetz.

● Die Bundeszuschüsse an die Rentenver-
sicherungsträger werden 1997 auf rund
83 Milliarden DM steigen (einschließlich
Knappschaft). Aufgrund der Wirt-
schaftsannahmen im Herbst 1995 wurde
der Beitrag zur Rentenversicherung für
das Jahr 1996 auf 19,2 Prozent festgesetzt.
Statt 2,4 Prozent Wachstum gibt es vor-
aussichtlich allerdings nur 1,2 Prozent,

statt einem Beschäftigungsaufbau von 235.000 Stellen, einen Abbau von 315.000 Stellen, statt 3,5 Millionen arbeitslose Menschen – 3,9 Millionen. Der Lohnzuwachs lag nicht bei 3,5 Prozent, sondern nur bei 2,1 Prozent. Damit mußte die Rentenversicherung ebenso wie die Finanzämter mit geringeren Einnahmen auskommen. In Zahlen bedeutet dies: Rund 500.000 abhängig Beschäftigte weniger verursachen gut vier Milliarden Mark weniger Einnahmen.

Sicherheitspolster

1996 ist die Schwankungsreserve der Rentenversicherung abgebaut worden. 1997 muß nun das Sicherheitspolster wieder aufgebaut werden, denn eine solide Rentenpolitik braucht ein Sicherheitspolster von einer Monatsausgabe. Zehn Milliarden Mark sind notwendig, um die 1996 fehlenden 0,6 Beitragspunkte wieder aufzustocken. Hinzu kommen 0,2 Beitragspunkte, die durch den starken Anstieg der Frühverrentungen ausgelöst wurden. Diese Entwicklung haben wir gemeinsam mit den Sozialpartnern gestoppt.

Im Vermittlungsausschuß blockiert die SPD gerade die Senkung von 0,2 Beitragspunkten in der Rentenversicherung, indem sie sich weigert, dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungs-Ergänzungsgesetz zuzustimmen. Unter anderem ist in diesem Gesetz vorgesehen, die Verwaltungs- und Verfahrenskosten der Rentenversicherung auf den Stand von 1994 zurückzuführen sowie das Grund- und Immobilienvermögen der Rentenversicherung der Arbeiter zu verkaufen.

● Der Haushalt des Ministeriums für Arbeit und Soziales festigt auch weiterhin das Fundament auf dem Weg zum **geinten Sozialstaat Deutschland**. Unter Berücksichtigung des Bundeszuschusses an die Bundesanstalt für Arbeit belaufen

sich – von 1991 bis Ende 1996 betrachtet – die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik auf rund 45,0 Milliarden Mark in den neuen Bundesländer. Der tiefgreifende Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern wird auch weiterhin auf einem hohen Niveau fortgeführt. Beachtet werden muß allerdings: Unverändert stellt das Arbeitsförderungsrecht die Weichen für den ersten Arbeitsmarkt und leistet damit individuelle Hilfe. Die eigentliche Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik ist und bleibt es, Arbeitslosen den Zugang zum regulären Arbeitsmarkt zu ermöglichen und einen Drehtüreffekt zu vermeiden: einer kommt vom zweiten Arbeitsmarkt in den ersten, dafür fliegt einer vom ersten in den zweiten.

● Zur Stabilisierung der Beitragssätze in der **Gesetzlichen Krankenversicherung** wurde das Beitragsentlastungsgesetz gegen den Widerstand der SPD durchgesetzt. Der Beitragssatz wird nun zum 1. Januar 1997 um 0,4 Prozentpunkte gesenkt. Dies wird ermöglicht durch Maßnahmen, die insgesamt einen Entlastungseffekt von rund 7,5 Milliarden DM enthalten. Vor allem durch dieses Gesetz und durch das 1. und das 2. Gesetzliche Krankenversicherungs-Neuordnungsgesetz, die der Fortführung der 3. Stufe der Gesundheitsreform dienen, werden die Voraussetzungen geschaffen, daß die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung finanzierbar und die Belastungen für Arbeitnehmer und Betriebe tragbar und überschaubar bleiben.

Größter Investitionshaushalt

● Der **Verkehrshaushalt** bleibt mit einem Investitionsvolumen von rund 20 Milliarden DM mit weitem Abstand größter Investitionsbereich. Obwohl auch der starke Verkehrsbereich einen Konsolidierungsbeitrag erbringen mußte, konnten

starke Einschnitte in die Straßen- und Schienenweginvestitionen vermieden werden. Für 1997 stehen 8,1 Milliarden DM für die Bundesfernstraßen und 7,2 Milliarden DM für die Schiene zur Verfügung.

● Wie schon in den Vorjahren unterstützt der Bund auch 1997 den **sozialen Wohnungsbau und den Städtebau** mit erheblichen Finanzmitteln. Die Verpflichtungsrahmen für den Städtebau bleiben mit jährlich 600 Millionen DM ungekürzt. Die Schwerpunkte der Förderung liegen in den neuen Ländern. Im sozialen Wohnungsbau liegt der Verpflichtungsrahmen für 1997 bei rund 2 Milliarden DM. Stärkere Einschnitte konnten vermieden werden.

Sonderbestimmungen verlängert

Im Bereich des **Wohngeldes** werden einzelne Sonderbestimmungen im Wohngeldrecht für die neuen Länder begrenzt verlängert (Mehrkosten rund 100 Millionen DM jährlich). Im übrigen strebt die Bundesregierung eine Wohngeldstrukturnovelle zum 1. Juli 1997 an, die durch Umschichtungen im Bereich des Wohngeldes ohne zusätzliche Haushaltsmittel finanziert wird.

● Auch der Bereich **Bildung und Forschung** konnte nicht völlig von der Konsolidierung ausgenommen werden. Dennoch ist es gelungen, für drei zentrale hochschulpolitische Themenkomplexe eine Lösung zu finden. Das BAföG wird reformiert. Gelungen ist die strukturelle Bereinigung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“. Darüber hinaus konnte nach langwierigen Verhandlungen mit den Ländern Einvernehmen über das neue Hochschulprogramm HSP III erzielt werden. Bis zum Jahr 2000 wird hier ein Finanzvolumen von 3,6 Milliarden DM mobilisiert. Der Bund beteiligt sich mit 2,1 Milliarden DM an den Kosten dieses Programms.

Die SPD jedoch lamentiert, kritisiert und polemisiert, ohne selbst vernünftige Vorschläge zu Einsparungen, zur Senkung der Neuverschuldung und der Steuer- und Abgabenglast zu machen. Statt dessen zeigte sie mit der von ihr geforderten Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 30. Oktober 1996, daß sie nach wie vor mit Geld nicht umgehen kann. Wer wie die SPD Steuergelder für kostspielige Sondersitzungen des Bundestages zur plumpen Selbstdarstellung verschwendet, ohne in der Sache etwas zur Zukunftssicherung beizutragen, der kann wirtschafts- und finanzpolitisch keine Verantwortung für Deutschland übernehmen.

Im Rahmen des „**Nationalen Stabilitätspaktes**“ müssen alle öffentlichen Haushalte ihren Sparbeitrag einbringen. Auch Länder und Gemeinden müssen ihren Konsolidierungsbeitrag leisten. Nur so können die schwierigen Aufgaben der Finanzpolitik gelöst werden.

SPD ohne Vorschläge

Es ist zudem ein finanzpolitisches Armutszeugnis und blanke Destruktivität, wenn sich die SPD und der von ihr dominierte Bundesrat der zukunftsorientierten Sparpolitik des Bundes total verweigern, und auf Weisung von Lafontaine keine eigene Sparvorschläge der Länder auf den Tisch gelegt werden dürfen. Eine solche Totalverweigerung der SPD im Bundesrat widerspricht der grundgesetzlichen Funktion des Bundesrates in unserem föderativen Staatssystem. Die SPD ist aufgefordert, den Konsolidierungskurs mitzutragen und eigene Sparvorschläge zu realisieren, statt sich in Abgabehöhen zu flüchten. Im Interesse der Verbesserung des Wirtschaftsstandortes Deutschland muß der Bundesrat als Bundesorgan seine Blockadehaltung aufgeben und konstruktiv an der Zukunftsgestaltung mitarbeiten. ■

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Es gibt ein Haushaltsrisiko: die Blockadepolitik der SPD im Bundesrat

Der Bundeshaushalt 1997 setzt mit seinem deutlichen Ausgabenrückgang ein Zeichen für die Rückführung der Staatsquote auf das vor der Wiedervereinigung erreichte Niveau. Dazu kommt: Die in Art. 115 des Grundgesetzes gesetzte Obergrenze für die Neuverschuldung wird klar eingehalten. Die Zahlen belegen: Deutschland wird sich für die Währungsunion qualifizieren.

Die Beratungen im Finanzplanungsrat haben gezeigt: Die Länder und die Kommunen werden ihre Defizite ebenfalls zurückführen. Wir werden 1997 ein Defizit von etwa 2,5 Prozent des BIP erreichen. Der Sachverständigenrat hat im übrigen darauf hingewiesen, daß das Ziel sehr wohl erreicht werden könne und daß in seiner Prognose – der des Sachverständigenrats – noch nicht alle Haushaltsentscheidungen berücksichtigt seien.

Der Vorwurf der Opposition, wir hätten mehr für die Bundesanstalt für Arbeit ansetzen müssen, geht ins Leere. Sie wissen ganz genau: Die geplanten Sparmaßnahmen erbringen 5,5 Milliarden DM. Das ist genau die Differenz zwischen dem Ansatz im Haushalt der Bundesanstalt und dem Ansatz im Bundeshaushalt.

Es gibt allerdings ein Haushaltsrisiko, und zwar die SPD-Blockadepolitik im Bundesrat.

Nachdem Sie schon in den letzten Jahren Einsparungen in Milliardenhöhe blockiert

haben, geht es für den Bundeshaushalt 1997 um 6 Milliarden DM. Ich hoffe, daß sich die SPD-Mehrheit im Bundesrat auf die eigentliche Rolle dieses Verfassungsorgans besinnt und eigene Länderinteressen wirklich wahrnimmt.

Der Haushalt 1997 ist konjunkturgerecht und fördert das Wachstum. Bundeskanzler Kohl hat zu Recht auf die herausragende Rolle der erreichten Preisstabilität für

**Aus der Rede von
Bundesfinanzminister
Theo Waigel anlässlich
der 3. Lesung des
Haushaltsgesetzes 1997
im Deutschen Bundestag
am 29. November**

niedrige Zinsen, Wachstum, neue Arbeitsplätze und vor allem für die soziale Gerechtigkeit hingewiesen. Preisstabilität sei nicht alles, behauptet dagegen Ministerpräsident Lafontaine. Der Haushalt 1997 führe im übrigen zu einer konjunkturschädlichen Parallelpolitik.

Aus der Mitte der 70er Jahre ist mir noch die ökonomische Ansicht eines führenden SPD-Politikers in Erinnerung: Lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit.

Anschließend wurden die Staatsausgaben erhöht und sogenannte Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme aufgelegt. Was war der Erfolg? – Inflation und Arbeitslosigkeit. Die Wirkung dieser verfehlten Politik mußten wir mühsam beseitigen.

Ministerpräsident Lafontaine zitiert als Beweis eine Studie des Internationalen Währungsfonds: Konsolidierung sei nur bei Wachstum möglich, also jetzt nicht. Das ist schon faktisch falsch. Wir haben ja wieder Wachstum – schon in diesem Jahr höher, als wir zunächst erwartet hatten. Ich weiß auch nicht, welche Studie des IWF Herr Lafontaine anspricht. In einer Studie vom Juli 1996 steht jedenfalls, daß Konsolidierung expansiv, also wachstumsanregend, wirke. Es heißt also nicht: Konsolidierung oder Wachstum. Die richtige Formel lautet: Konsolidierung bringt Wachstum. Ohne Konsolidierung findet dauerhaftes, inflationsfreies Wachstum nicht statt.

In dieser Studie steht aber noch etwas anderes: Jede Konsolidierung, die sich nicht mit den Problemen der Sozialsysteme auseinandersetzt, ist zum Scheitern verurteilt. Ihr falscher Ansatz führt übrigens auch in der Europadiskussion in die Irre. Wer einen europäischen Stabilitätspakt für weniger wichtig als einen europäischen Beschäftigungspakt hält, geht einen ganz gefährlichen Weg.

Der europäische Stabilitätspakt sichert die Stabilität des EURO. Nur eine stabile Währungsunion schafft Wachstum und Beschäftigung in Deutschland und Europa. Dazu gehören auch die Maastricht-Kriterien. Sie sind klar festgelegt und stehen nicht zur Disposition.

Wachstum und Beschäftigung können auch nicht durch eine gezielte Wechselkurspolitik erreicht werden, wie es da und dort gefordert wird. Wechselkurse werden letztlich durch die Märkte auf der Basis von wirtschaftlichen Fundamentaldaten

bestimmt. Für günstige Fundamentaldaten sorgt insbesondere eine glaubwürdige und stabilitätsorientierte Geld-, Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Wer fordert, muß einsparen

Wir stehen zu der Finanzpolitik, wie die Bundesregierung und die Koalition sie konzipieren, und wir stehen zur Geld- und Währungspolitik, wie die Bundesbank sie konzipiert. Wenn eines von beidem im Inland oder im Ausland angegriffen wird, kann dies unsere Zustimmung nicht finden. Wir weisen auch die Kritik im Inland und im Ausland an der Deutschen Bundesbank zurück. Wir stehen zu dieser Politik.

Fordern ist leicht. Sie fordern Mehrausgaben. Über einzelne Punkte könnte man reden: bei der Bildung, bei der Forschung. Wir haben selbst trotz größter Knappheit hier Prioritäten gesetzt und dafür an anderer Stelle Mittel eingespart. Wir haben seit 1982 die familienpolitischen Leistungen mehr als verdoppelt. Mehrausgaben fordern, bei Einsparungen aber bremsen und blockieren, das macht die unseriöse Doppelstrategie der Opposition komplett.

Eine höhere Verschuldung – das wissen wir alle – ist ausgeschlossen. Die Zinslasten im Bundeshaushalt sind hoch und müssen begrenzt werden.

Vorbelastungen des Bundeshaushalts

Ich habe alle Sonderbelastungen für den Bundeshaushalt seit 1991 zusammenstellen lassen. Sie ergeben sich aus der Wiedervereinigung Deutschlands, der gewachsenen weltpolitischen Verantwortung Deutschlands und aus finanzpolitischen Entscheidungen für den Standort Deutschland. An Schulden haben wir 520 Milliar-

den DM übernommen. Die Haushaltsbelastungen – Zinsen und Tilgung dieser Schulden, Nettotransfer für die neuen Länder, Zahlungen für die Bahnreform, Kohlepennig etc. – betragen rund 710 Milliarden DM. Dazu kommen Hilfen und Bürgschaften für die GUS und für die mittel- und osteuropäischen Staaten in Höhe von 160 Milliarden DM. Allein die vom Bund übernommenen Sonderlasten sind damit doppelt so hoch wie die Nettokreditaufnahme des Bundes von 1991 bis 1997.

Das beweist deutlich, daß wir mit einem vernünftigen policy mix, mit einer Mischung aus Einsparungen, vertretbarer Verschuldung und notwendiger Steuererhöhung die Probleme gelöst haben, daß aber an erster Stelle dauerhafte Einsparungen standen, um die Finanzkennziffern zu erreichen, über die wir heute verfügen und die weiter verbessert werden müssen.

Sozialausgaben

Die Substanz unseres Sozialstaates bleibt voll erhalten; darauf haben die Redner der Koalition in dieser Woche schon hingewiesen. Gerade um diese Substanz zu erhalten, muß der Sozialstaat umgebaut werden. Die Eigenverantwortung kann und muß gestärkt werden. Im Spannungsfeld zweier einander zugeordneter Prinzipien, Solidarität und Subsidiarität, muß der Eigenverantwortung, muß dem einzelnen, muß der kleineren Gemeinschaft künftig eine stärkere Rolle zugewiesen werden. Anders ist Solidarität auf Dauer nicht mehr finanzierbar. Das resultiert aus der katholischen Soziallehre und aus der protestantischen Ethik und ist notwendig, um das Gemeinwohl auf Dauer finanzieren und gewährleisten zu können.

Wer den Menschen wie Sie, Herr Wagner, vorgaukelt, hier müsse sich nichts ändern, solange es noch ein paar Reiche gebe, de-

nen man das fehlende Geld abknöpfen könne, der betrügt die Menschen in unserem Land.

So wie Sie hier geredet haben, genauso wird Politik im Saarland betrieben. Dann kommt man zum Bund, bittet um einen Scheck – es sind mehr als 2 Milliarden DM pro Jahr – und beschimpft anschließend diejenigen, die dem Saarland die Finanzierung von 40 Prozent seines Haushalts überhaupt erst ermöglichen. Das ist schon eine Unverfrorenheit.

Warum eigentlich, Herr Wagner, stellen Sie Ihre Rezepte nicht Ihrem Ministerpräsidenten und Ihrer Finanzministerin zur Verfügung? Sprechen Sie doch einmal mit denen! Es wäre sicher von Vorteil, wenn Sie Ihre ökonomischen Kenntnisse in diesem Zusammenhang einbringen könnten.

Uns würde das viel Geld ersparen.

Der Sozialneid, den Sie, Herr Wagner, geschürt haben, schafft nicht einen einzigen neuen Arbeitsplatz, sondern vernichtet weitere Hunderttausende.

Mittfristige Perspektiven – Finanzplan

Wir werden den Konsolidierungsweg auch nach 1997 weiter beschreiten. Der Finanzplan reicht bis in das Jahr 2000, unsere mittelfristige Perspektivplanung bis in das Jahr 2005. Der Anstieg der Bundesausgaben liegt bis zum Jahr 2000 durchschnittlich bei unter 1 Prozent pro Jahr, bei einem jährlichen Wachstum von im Schnitt 4 Prozent. Allein das senkt Jahr für Jahr die Staatsquote.

Jedes Prozent weniger Staatsquote bedeutet Minderausgaben für den öffentlichen Gesamthaushalt in Höhe von 35 bis 40 Milliarden DM. Dafür wird in den nächsten Jahren noch viel Arbeit zu leisten sein. Sie ist aber notwendig, wenn wir im

21. Jahrhundert vor den großen Herausforderungen bestehen wollen.

Vermögensteuer

Das Jahressteuergesetz 1997 – damit auch die Einnahmen der Länder – liegt nun in der Hand des Vermittlungsausschusses. Die Vermögensteuer kann ab Januar nicht mehr erhoben werden.

Fakt ist: Mit dem Wegfall der Vermögensteuer gibt es kein Steuergeschenk für die Reichen. Wer dieses Argument benutzt, hat weder das Jahressteuergesetz 1997 noch die Analysen von OECD, IWF und Europäischer Union gelesen. Für den Wegfall der privaten Vermögensteuer wird die Erbschaftsteuer erhöht. Substanzsteuern sind Arbeitsplatz- und Eigenkapitalvernichtungssteuern.

Die verschiedentlich von Herrn Scharping bemühte OECD-Statistik läßt übrigens keinesfalls den Schluß zu, die deutsche Vermögensteuer sei im internationalen Vergleich zu niedrig. Die von der OECD verwendete Bezeichnung „taxes on property“ umfaßt alle Steuern auf Vermögensbesitz und Vermögensverkehr: neben der Vermögensteuer auf das private und betriebliche Vermögen im deutschen Sinne alle Grund-, Gewerkekapital-, Grunderwerb-, Börsenumsatz-, Wechsel-, Gesellschaft-, Kapital-, Erbschaft- und Schenkungsteuern im weitesten Sinne. Die OECD-Statistik weist aus: Eine Vermögensteuer im deutschen Sinne wird in den meisten Ländern nicht erhoben.

Unternehmensteuerreform

Mit dem von der SPD noch nicht aufgelösten Junktim, sich bei einem vollständigen Wegfall der Vermögensteuer der Fortsetzung der Unternehmensteuerreform zu

versagen, schaden Sie dem Standort Deutschland.

Dann nämlich muß die Gewerkekapitalsteuer am 1. Januar nächsten Jahres in den neuen Ländern eingeführt werden – mit allen negativen Konsequenzen für den Aufholprozeß der Wirtschaft.

Man stelle sich einmal vor: Dies würde die Unternehmen in den neuen Bundesländern 400 bis 500 Millionen DM kosten, und gerade die größeren Betriebe haben natürlich noch große Wettbewerbs- und Strukturprobleme. Einerseits über die BvS und über Programme zu versuchen, die Betriebe wettbewerbsfähig und am Markt zu halten – das tun wir –, ihnen andererseits aber im gleichen Zuge etwas wegzunehmen in der Hoffnung, der Bund werde das auf andere Art und Weise wieder ausgleichen, ist volks- und betriebswirtschaftlich Unfug. Es ist höchste Zeit, daß Sie auch im Interesse der Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern von dieser falschen Politik Abschied nehmen.

Die Arbeit an der Steuerreform kommt zügig voran.

Die richtigen Signale

Mit unserer mittelfristigen Konzeption der Finanz- und Steuerpolitik, dem Jahressteuergesetz 1997, dem Bundeshaushalt 1997 und dem Finanzplan verfolgen wir die richtige Strategie. Wir bestätigen das Vertrauen der Märkte in die stabilitätsorientierte deutsche Finanzpolitik. Wir schaffen die Grundlage für die Meisterung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angesichts der zunehmenden Integration und Globalisierung der Weltwirtschaft. Wir sichern den Standort Deutschland, stärken unsere Wirtschaft in der immer härter werdenden internationalen Konkurrenz. Wir sichern die langfristigen Grundlagen unseres Sozialstaates, schaffen Spielräume für

Höheres Porto erst ab September 1997

Der postpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Regulierungsrates beim Bundesminister für Post und Telekommunikation, Elmar Müller, erklärte:

Auf seiner Sitzung am 2. Dezember hat der Regulierungsrat dem Antrag der Post auf eine Erhöhung des Portos für Briefe, Postkarten und verschiedene Zusatzleistungen zum 1. September 1997 zugestimmt.

Die Deutsche Post AG hat zugesichert, ihr Filialnetz über die heutigen rechtlichen Vorgaben hinaus bis in das nächste Jahrtausend aufrechtzuerhalten. Die heute verbindlich vereinbarten Regelungen orientieren sich an der bekannten Bundestagsentschließung aus dem Jahre 1981.

Danach darf unverändert erst dann eine Filiale geschlossen werden, wenn ihre Arbeitsauslastung in der gesamten

Woche unter 5,5 Stunden, sinkt. Dabei sind nicht nur posteigene, sondern alle am Postschalter angebotene Dienstleistungen zu berücksichtigen. Auch der Einzugsbereich der Filialen von 2.000 Metern gilt unverändert fort. Neue Postfilialen sind dann einzurichten, wenn erwartet werden kann, daß die Inanspruchnahme einer neuen Filiale mindestens 10 Wochenstunden betragen wird.

Filialnetz gesichert

Damit wird sichergestellt, daß sich das Filialnetz nach klaren, eindeutigen Vorgaben ausrichten hat und die tatsächliche Inanspruchnahme durch die Bürger berücksichtigt bleibt.

Schließlich hat sich die Deutsche Post AG verpflichtet, Gemeinden rechtzeitig – dies bedeutet mindestens 10 Wochen vorher – über Maßnahmen, die das Filialnetz betreffen, zu unterrichten.

eine staatliche Zukunftspolitik. Unsere Politik bringt Impulse für den Aufschwung. Sie stellt die Weichen für Investitionen, Wachstum, steigende Einkommen und vor allem für zukunftssichere Arbeitsplätze.

Dazu kommen günstige ökonomische Daten: niedrige Zinsen, eine stabile D-Mark, moderate Lohnabschlüsse, anhaltende Preisstabilität mit einer Inflationsrate von 1,5 Prozent, eine positive Entwicklung des Welthandels und der Weltkonjunktur, aufwärts zeigende Konjunkturindikatoren und eine steigende Produktion.

Seit dem 2. Quartal 1996 liegen wir wieder auf Wachstumskurs. Die Investitionsbedingungen sind gut. Jetzt müssen die Unternehmer und die Gewerkschaften

dafür sorgen, daß neue Arbeitsplätze entstehen.

In wenigen Jahren geht das Jahrhundert zu Ende. Die Jahrtausendwende liegt vor uns. Eine solche Zeitenwende bringt Gelegenheit, zurückzuschauen und vorwärts zu blicken. Nach der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts – zwei Weltkriegen, der Teilung unseres Vaterlandes, einer Weltwirtschaftskrise und zwei Währungsreformen – steht die zweite Hälfte im Zeichen des Aufbaus. Wir haben zunächst den Westteil unseres Landes erfolgreich aufbauen können. Nach der Vereinigung sind wir jetzt in den neuen Ländern dabei, dies mit dem Einsatz aller verfügbaren Kräfte zu tun. Mit unserer Finanzpolitik sind wir auf dem richtigen Weg.

Generalsekretär Peter Hintze:

Die Schutzfunktion des Strafrechts muß wieder hergestellt werden

Der Schutz der Bevölkerung vor gefährlicher Gewaltkriminalität und vor allem die Bewahrung unserer Kinder vor Sexualstraftätern machen es notwendig, daß wir uns von zu hochgesteckten Erwartungen an die Möglichkeiten von Therapie und Resozialisierung verabschieden.

Ich begrüße nachdrücklich die Bundesratsinitiative Bayerns für ein Gesetz zur Verbesserung des Schutzes der Gesellschaft vor gefährlichen Straftätern. Der Entwurf sieht Änderungen des Strafgesetzbuches vor, die den Anwendungsbereich von Sicherungsverwahrung und Führungsaufsicht erweitern, die die Praxis der Erstellung und Verwertung von Expertengutachten verbessern und schließlich zur besseren Abschreckung die Strafen wegen sexuellen Mißbrauchs von Kindern verschärfen.

Dabei halte ich das Kernstück des Entwurfs – die Erweiterungen des Instituts der Sicherungsverwahrung – für besonders aussichtsreich: Nach geltendem Recht können für die Allgemeinheit besonders gefährliche Täter erst dann in Sicherungsverwahrung genommen werden, wenn sie bereits zweimal rückfällig geworden und jeweils zu Freiheitsstrafen von mindestens einem Jahr verurteilt worden sind. Dies sind hohe formelle Hürden, die auf Kosten der Opfer schon verübter Straftaten, aber auch auf Kosten der namenloser Opfer zukünftiger Taten gehen. Deshalb halte ich es für richtig, entsprechend der bayrischen Vorschläge Sicherungsverwahrung bereits nach Begehung der ersten Rückfalltat zwingend anzuordnen, wenn sie das einzig erfolgverspre-

chende Mittel ist, um einen gefährlichen Täter auch nach Verbüßung seiner Strafe unter Kontrolle zu halten.

Auch die weiteren vom Gesetzentwurf vorgesehenen Verbesserungen zur Ausweitung von Führungsaufsicht, zur obligatorischen Einholung von Sachverständigengutachten sowie zur Erhöhung der Anforderungen bei der Unterbringung in offenem Vollzug oder bei der Gewährung von Vollzugslockerungen sind geeignete Maßnahmen, um die Rückfallquote bei gefährlichen Straftätern zu senken und die Allgemeinheit besser zu schützen.

Die Ingewahrsamnahme, Therapierung und – wo das erforderlich ist – auch nachfolgende Kontrolle schon straffällig Gewordener ist jedoch nur ein Aspekt des Maßnahmenpakets. Als notwendige flankierende treten Strafschärfungen für die Straftatbestände des Kindesmißbrauchs hinzu. Denn unverständlich milde Strafen für Kindesmißbrauch erschüttern nicht nur das Rechtsempfinden und das Vertrauen in die Rechtsordnung, sie bewirken auch ein Abstumpfen gegenüber dem Ausmaß des Unrechts, das in diesen Taten enthalten ist. Es ist deshalb richtig, den Grundfall des Kindesmißbrauchs zu einem Verbrechen hochzustufen, den Strafrahmen für besonders schwere Fälle von zwei bis fünfzehn Jahren heraufzusetzen und bei Kindesmißbrauch mit Todesfolge lebenslängliche Freiheitsstrafe anzudrohen.

In diesem Zusammenhang ist es immer wieder wichtig, auf Sinn und Zweck des Strafrechts zu verweisen: Das Strafrecht dient dazu, durch Abschreckung Rechtsgüter zu schützen (Präventionsgedanke)

Zu keiner glaubwürdigen Absage an ein Bündnis mit der PDS bereit

Generalsekretär Peter Hintze erklärte zum Bundesparteitag der Grünen in Suhl:

Der Versuch der Grünen, aus der linken Ecke herauszukommen, ist gescheitert. Sie sind zu keiner glaubwürdigen Absage an ein Bündnis mit den Kommunisten von der PDS bereit. Sie vertreten ein wirtschafts- und arbeitsplatzfeindliches Steuerkonzept, bei dem selbst die sogenannten Realos in der Verteilungsfalle hängen geblieben sind. Wer Freibeträge erhöhen und Eingangssteuersätze senken will, aber den Spitzensteuersatz unverändert läßt, reitet auf der Neidwelle und schadet Deutschland im internationalen

Wettbewerb. Die finanz- und wirtschaftspolitische Inkompetenz der Grünen wird am Steuerkonzept überdeutlich. Der Zug, auf den die Grünen die Deutschen setzen wollen, würde wirtschaftlich vor die Wand fahren. Ein Niedergang der Arbeitsplätze und ein Reißen des Sozialen Netzes wäre die Folge.

Die Grünen zielen mit Rot-Grün auf eine andere Republik. Sie sind nicht berechenbar. Sie erkennen ihre Irrtümer, wenn überhaupt, erst nach Jahren, was ihre zögerliche Abkehr vom Radikalpazifismus als Folge der schrecklichen Geschehnisse im ehemaligen Jugoslawien beweist.

sowie die begangene Schuld auszugleichen (Ausgleichsfunktion). Die verhängte Strafe soll zwar auch dem Täter helfen, wieder zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung zurückzufinden. Doch ist der Resozialisierungsgedanke in der Vergangenheit teilweise so stark in den Vordergrund getreten, daß er die Schutzfunktion des Strafrechts überdeckte, was sogar zu Forderungen der Grünen nach einer gänzlichen Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe führte. An den Folgen dieser verhängnisvollen Entwicklung haben wir jetzt zu tragen.

Wenngleich es keine hundertprozentige Sicherheit vor besonders gefährlichen Straftätern geben kann, so zeigt doch die bayrische Initiative, daß es rechtsstaatliche Möglichkeiten verbesserter Schutzes gibt. Ich hoffe, daß dem bayrischen Entwurf bald begleitende Vorschläge des Bundesjustizministeriums folgen werden, damit wir

auf möglichst breiter Grundlage einen abschließenden Gesetzentwurf beraten und im nächsten Jahr verabschieden können.

UId-Erscheinungsweise 1997

Nachfolgend die Erscheinungsweise von UId Nr. 1 bis 10:

Nr. 1/97:	16. 1. 1997
Nr. 2/97:	23. 1. 1997
Nr. 3/97:	30. 1. 1997
Nr. 4/97:	6. 2. 1997
Nr. 5/97:	20. 2. 1997
Nr. 6/97:	27. 2. 1997
Nr. 7/97:	6. 3. 1997
Nr. 8/97:	13. 3. 1997
Nr. 9/97:	20. 3. 1997
Nr. 10/97:	27. 3. 1997

Eventuelle Änderungen vorbehalten

So ja – Kennzeichnung von Gen-Nahrungsmitteln schützt Verbraucher

Anlässlich der am 27. November im Vermittlungsausschuß zwischen dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat erzielten Einigung zur Kennzeichnung von Gen-Nahrungsmitteln erklärte die CDU-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Umweltausschusses Renate Hellwig:

In Brüssel ist ein bedeutender Durchbruch zum Schutz der Verbraucher erreicht worden. Lebensmittel, die gentechnisch verändert sind oder neuartige Zusätze enthalten und die sich in ihrer Qualität von gleichwertigen anderen Lebensmitteln unterscheiden, müssen europaweit gekennzeichnet werden. Ein Unterschied in der Qualität liegt vor, sobald in einer wissenschaftlichen Analyse nachgewiesen werden kann, daß ein gentechnisch verändertes Nahrungsmittel chemisch nicht mit dem normalen Nahrungsmittel übereinstimmt. Diese Regelung ist vernünftig und praktikabel, weil sie sich jederzeit – auch von Verbraucherverbänden – kontrollieren läßt. Die Kennzeichnungspflicht gilt damit für die Anti-Matsch-Tomate ebenso wie für gentechnisch veränderte Sojabohnen.

Verbraucher müssen sich nicht mehr vor Allergien durch gentechnisch veränderte Substanzen fürchten, denn sie haben jederzeit die Möglichkeit, konventionell hergestellte Lebensmittel zu kaufen. Außerdem können Allergiker leichter zu Nahrungsmitteln greifen, die gentechnisch manipuliert wurden, damit sie keine Allergien mehr hervorrufen. Auch auf Reisen in der EU haben die Bürger dank der Kennzeichnung die Wahl zwischen herkömmlichen und mit Gentechnik hergestellten Produkten.

Die in Brüssel gefundene Lösung ist auch deshalb besonders lobenswert, weil nicht alle Lebensmittel gekennzeichnet werden,

bei denen die Gentechnologie am Produktionsprozeß beteiligt war. Dann hätten nämlich 90 Prozent der Nahrungsmittel gekennzeichnet werden müssen. Davon hätten die Verbraucher nichts gehabt. Jetzt werden diejenigen Produkte ausgezeichnet, die tatsächlich einen Unterschied für den Konsum aufweisen.

Das Label „Mit Gentechnik hergestellt“ wird genauso wie im vergangenen Jahrhundert die Kennzeichnung „Made in Germany“ keine Diskriminierung der Produkte bewirken, sondern im Gegenteil für ihre höhere Qualität stehen.

Umfassend und praktikabel

Die verbraucherpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Editha Limbach, erklärte:

Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses EP/Rat zur Novel-Food-Verordnung entspricht weitgehend den lange vertretenen Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Bundesregierung und des Europäischen Parlaments nach einer umfassenden und praktikablen Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel.

Ein Beispiel: Die herbizidresistente Sojabohne oder die gentechnisch veränderte Zuckerrübe müssen gekennzeichnet sein, da die veränderten Gene in ihnen nachweisbar sind, also eine Gleichwertigkeit mit einer herkömmlichen Sojabohne oder Zuckerrübe nicht mehr gegeben ist. Der aus der gentechnisch veränderten Zuckerrübe hergestellte Zucker wird nicht gekennzeichnet sein müssen, weil während des Herstellungsprozesses die gentechnisch hergestellten Merkmale herausgefiltert werden und kein Unterschied zum Zucker aus herkömmlichen Zuckerrüben besteht. ■

Deutschland und Frankreich: Eine Partnerschaft für Europa

Für mich gibt es keinen Zweifel: Nur wenn Deutschland und Frankreich an einem Strang ziehen, werden wir die großen europäischen Herausforderungen und Zukunftsaufgaben, denen wir uns gut drei Jahre vor der Jahrtausendwende gegenübersehen, bewältigen. Das deutsch-französische Einvernehmen über den künftigen europäischen Kurs ist unverzichtbar, wenn wir eine politische und wirtschaftliche Ordnung für unseren Kontinent erarbeiten wollen, die Frieden und Freiheit auch für die uns nachfolgenden Generationen bewahrt.

Die Regierungskonferenz zur Überprüfung und Fortentwicklung des Maastrichter Vertrages tritt jetzt in ihre entscheidende Phase. Es kommt darauf an, daß wir unseren Willen zu substantiellen Fortschritten, die uns in Europa voranbringen, deutlich machen. Für mich sind dabei folgende Bereiche von besonderer Bedeutung:

Erstens: Wenn wir uns einer der brennendsten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in Europa ernsthaft annehmen wollen, dann müssen wir die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Innen- und Rechtspolitik entscheidend verbessern. Nur gemeinsam können wir gegen das längst grenzüberschreitend operierende internationale Verbrechen, das die innere Sicherheit in unseren Ländern in immer stärkerem Ausmaß bedroht, bestehen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns überzeugende Lösungen. Dazu gehört für mich vor allem der Aufbau einer operativen europäischen Polizeibehörde. Darüber hinaus sollten wir auch bei Asylfragen, dem Zuwanderungs- und Visarecht zu einer gemeinsamen Politik finden.

Zweitens: Wir brauchen eine gemeinsa-

me Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen wirklich verdient. Europa muß mit einer Stimme sprechen und seine Kräfte effizient bündeln, wenn es künftig sein Gewicht besser zum Tragen bringen will. Nur eine Union, die ihre Interessen nach außen sichtbar und überzeugend vertritt, kann auch den nötigen inneren Zusammenhalt wahren. Hierzu gehört auch die Entwicklung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in enger Abstimmung mit der atlantischen Partnerschaft. Ich begrüße es daher nachdrücklich, daß Frankreich seine vollständige Rückkehr in die atlantischen Strukturen vorbereitet – dies ist für uns alle ein ganz entscheidender Zugewinn an Sicherheit und Stabilität.

**Bundeskanzler Helmut Kohl
in der französischen Wochen-
zeitung „Le Nouvel Observa-
teur“ am 28. November**

Drittens: Wir wollen eine Europäische Union, die für den Bürger transparenter und leichter verständlich ist. Die Legitimität der europäischen Institutionen beruht ganz wesentlich auf der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Sie bewahren wir nur, wenn wir die politischen Geschehensabläufe auf europäischer Ebene überschaubarer gestalten. Dazu gehört auch, daß wir das Europäische Parlament noch stärker als bisher in den europäischen Einigungsprozeß einbeziehen und die nationalen Parlamente besser an den europäischen Entscheidungsabläufen beteiligen. Darüber hinaus müssen wir bei der Kom-

petenzverteilung zwischen den Gemeinschaftsorganen und den nationalen oder regionalen Institutionen und bei der Rechtspraxis der Gemeinschaft darauf achten, daß das Subsidiaritätsprinzip noch deutlicher berücksichtigt wird.

In den Zielsetzungen für die Regierungskonferenz besteht ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich. Das heißt nicht, daß nicht auch zwischen uns bei Einzelfragen unterschiedliche Ansätze oder Gewichtungen auftreten können. Wir sind uns auch bewußt, daß ein deutsch-französisches Einvernehmen nicht immer gleich zu dem angestrebten Ergebnis führen muß. Aber Frankreich und Deutschland haben stets ihren gemeinsamen Willen zum weiterführenden Kompromiß unter Beweis gestellt. Dies gilt für die laufenden Beratungen der Regierungskonferenz ebenso wie bei sensiblen europapolitischen Fragen wie zuletzt bei der Liberalisierung der Strommärkte oder der Postdienste. Vor allem aber verbindet uns die gemeinsame Einsicht, daß nur ein wirklich vereintes Europa die Antworten auf die Gestaltungsaufgaben des 21. Jahrhunderts bereithält.

Dazu brauchen wir die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion – die Europäische Union wird ohne beide auf Dauer nicht lebensfähig sein. Politische und wirtschaftliche Stabilität sind untrennbar miteinander verbunden. Europa muß gerade nach den revolutionären Veränderungen in Mittel- und Osteuropa als Gemeinschaft für Stabilität und Wohlstand weiter zusammenwachsen.

Die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist ein wesentlicher Baustein des „Hauses Europa“. Die WWU macht nur Sinn, wenn Frankreich und Deutschland von Anfang an zusammen teilnehmen. Dies ist unser gemeinsames Ziel.

Wir treten übereinstimmend dafür ein, die europäische Währungsunion – wie im Vertrag geregelt – zum 1. Januar 1999 beginnen zu lassen; Zeitpunkt und dauerhafte Einhaltung der Konvergenzkriterien bilden eine untrennbare Einheit.

Wir wollen gemeinsam einen stabilen EURO – deshalb sind alle Vorschläge, die in Richtung auf eine Aufweichung der Kriterien oder eine Abwertung innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) gehen, für die gemeinsame Sache schädlich!

Hannelore Kohl erhält französischen Kochbuchpreis

Mit dem „Prix Mazille International 1996“ ist Hannelore Kohl für die französische Ausgabe ihres Kochbuchs „Kulinarische Reise durch deutsche Lande“ auf der „IV. Internationalen Feinschmeckerbuchmesse“ in Périgeux ausgezeichnet worden.

Die Auszeichnung nahm in Gegenwart des Bundeskanzlers und von Frau Bernadette Chirac der französische Präsident Jacques Chirac vor. Die „Kulinarische Reise“ ist im Verlag Zabert Sandmann GmbH München erschienen und im Buchhandel zu einem Preis von 39,80 DM erhältlich. Die französische Ausgabe wird vom „Verlag de Fallois“ und vom Buchclub „France Loisirs“ herausgegeben. Von jedem verkauften Buch kommen der Hannelore-Kohl-Stiftung 6 Mark bzw. 10 Franc zugute. Die Hannelore-Kohl-Stiftung ergänzt die Arbeit des Kuratoriums ZNS für Unfallverletzte mit Schäden des zentralen Nervensystems durch die Förderung der Rehabilitations- und neuro-biologischen Grundlagenforschung.

Was gar nicht oft genug in Erinnerung gerufen werden kann

Sie sind mit Ihren kollektiven, zentralistischen und bürokratischen Lösungen

(Widerspruch bei der SPD)

weit hinter dem Stand der gemeinsamen Gespräche zwischen Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften zurück. Sie haben im übrigen im Januar viel Kraft investiert, um die Gewerkschaften von dem Weg des Dialogs und von der Diskussion mit Wirtschaft und Bundesregierung abzuhalten.

Ich will es Ihnen an einem Beispiel zeigen. Die gemeinsame Erklärung von Bun-

Aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, in der Haushaltsdebatte am 27. November

desregierung, Spitzenrepräsentanten der Wirtschaft und der Gewerkschaften kann gar nicht oft genug in Erinnerung gerufen werden: Die Politik, Regierung und Parlament, die Wirtschaftsverbände, die Gewerkschaften und die Tarifpartner haben sich ja zur Erhöhung der Chancen für mehr Arbeitsplätze am 23. Januar 1996 gemeinsam darauf verständigt, was jeder in seinem Bereich zu tun hat.

Die Politik kann die Arbeitsplätze nicht schaffen. Sie kann die Rahmenbedingungen gestalten. In jener gemeinsamen Erklärung ist festgehalten worden, was jeder tun soll. Wir, die Koalition aus CDU/CSU und FDP, haben Schritt für Schritt und Punkt für Punkt umgesetzt, was in jener

gemeinsamen Erklärung vom Januar festgehalten worden ist. Soweit wir durch den Bundesrat nicht blockiert worden sind, ist es inzwischen auch Gesetz geworden.

Der Schlüsselpunkt in jener gemeinsamen Erklärung – das ist auch meine Überzeugung – ist die Verringerung des öffentlichen Anteils am Bruttoinlandsprodukt, also die Verringerung der sogenannten Staatsquote, die der Bund, die Länder, die Gemeinden und die Sozialversicherung in unserem Land in Anspruch nehmen. Als Ziel steht in der gemeinsamen Erklärung, daß die Staatsquote bis zum Jahr 2000 auf einen Stand zurückgeführt werden muß, den wir vor der Wiedervereinigung erreicht hatten.

Aus dem „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ vom 23. Januar:

1. Rahmenbedingungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen verbessern

Verbesserte Rahmenbedingungen für private Initiative und arbeitsplatzschaffende Investitionen stärken die Wachstumsgrundlagen und fördern die Neugründung von Unternehmen gerade auch in zukunftsorientierten Wachstums- und Beschäftigungsfeldern.

● In der mittelständischen Wirtschaft liegt das größte Potential für neue Arbeits- und

Ausbildungsplätze. Jeder Existenzgründer bietet im Durchschnitt vier weiteren Menschen Arbeit. Es bedarf deshalb einer **neuen Kultur der Selbständigkeit** und einer breiten, von allen Beteiligten getragenen Initiative für mehr Existenzgründungen. Die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen muß gestärkt werden. Die Bundesregierung wird die steuerlichen Rahmenbedingungen für **Existenzgründer und Betriebsnachfolger** weiter

verbessern. Die Wirtschaft, ihre Verbände und die Kammern werden ihre Beratungsangebote verstärken und sich vermehrt in Patenschaften und Kooperationen engagieren.

● Der Markt für **Risikokapital** für Existenzgründer und zur Existenzsicherung mittelständischer Unternehmen ist in Deutschland im internationalen Vergleich unterentwickelt. Die Chancen neuer Produkte und neuer Arbeitsplätze können nicht ausreichend genutzt werden. Die Bundesregierung wird deshalb kurzfristig ein Konzept für einen verbesserten Zugang zu Risikokapital vorlegen, mit allen Beteiligten erörtern und zügig umsetzen.

● Dem sich im Strukturwandel fortsetzenden Wegfall insbesondere von industriellen Arbeitsplätzen muß durch **Erschließen neuer Beschäftigungsfelder** begegnet werden. Um diese Chancen zu wahren und mögliche Hemmnisse abzubauen, werden die Beratungen im Rahmen der Zukunftsgespräche in folgenden Beschäftigungsfeldern zügig weitergeführt: haushalts- und pflegebezogene Dienstleistungen, neuartige Dienstleistungen in Industrie und ande-

ren Wirtschaftsbereichen, neue Medien, Biotechnologie, Handel, Verkehr, Umwelt und Energie.

● Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften werden die im Rahmen der Zukunftsgespräche geführten **Branchendialoge** zielgerichtet fortsetzen, auswerten und daraus Schlußfolgerungen für den Standort Deutschland ziehen.

● Eine zu hohe **Staatsquote** hemmt die wirtschaftliche Dynamik, engt Spielräume für Eigeninitiative ein und mindert die Leistungsbereitschaft der Bürger. Durch eine deutliche Rückführung der Staatsquote müssen neue Handlungsspielräume ins-

Bundesregierung, Spitzenrepräsentanten der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften haben sich am 23. Mai 1996 im 7. Gespräch zur Zukunftssicherung und für mehr Beschäftigung beim Bundeskanzler auf ein „Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung“ verständigt.

besondere für arbeitsplatzschaffende, private Investitionen gewonnen werden.

Die Politik zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte wird die Bundesregierung deshalb konsequent fortsetzen; sie strebt dazu einen Stabilitätspakt aller Gebietskörperschaften an.

● Das **Steuersystem** muß weiter wachstums- und beschäftigungsfreundlich ausgestaltet und vereinfacht werden.

● **Planungs- und Genehmigungsverfahren** werden vereinfacht und beschleunigt, damit Investitionen in Deutschland schneller zu neuen Arbeitsplätzen führen. Neue Instrumente wie Vorbehaltsgenehmigungen, Rahmengenutzungen und Anzeigungsverfahren sollen zu einer wesentlichen Beschleunigung der Genehmigungsverfahren führen, ohne die Belange Dritter oder Umweltschutzerfordernisse zu beeinträchtigen.

Im Januar so verabredet

Was uns einmal gelungen ist, muß uns auch ein zweites Mal gelingen. Denn nur wenn wir die zu hohe Staatsquote senken, werden wir auch die zu hohe Belastung unserer Unternehmen und unserer Bürger mit Steuern und Abgaben senken können. Darüber gibt es im Grunde keinen Streit, das ist auch so im Januar in dem „Bündnis für Arbeit“ zwischen Bundesregierung, Arbeitgebern und Arbeitnehmern verabredet worden – den einen oder anderen Beteiligten muß man gelegentlich wieder daran erinnern. Die Staatsquote können wir aber nur senken, wenn wir in unserem Bemühen um sparsamere Ausgabenzuwächse nicht nachlassen. Nur wenn die Ausgabenzuwächse bei Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträgern unter Kontrolle bleiben, werden wir unsere Systeme kollektiver Daseinsvorsorge dauerhaft stabil und leistungsfähig erhalten können.

Aus der Rede von Wolfgang Schäuble in Tutzing (UId 37/1996)

● Den **Sozialstaat** zu sichern und zu festigen ist gemeinsames Ziel und gemeinsame Aufgabe. Seine Finanzierungsgrundlagen müssen durch Reformen erhalten bleiben. Die Sozialbeiträge insgesamt und die **Sozialabgabenquote** müssen stabilisiert und **bis zum Jahr 2000 wieder auf unter 40%** zurückgeführt werden. Eigenvorsorge muß ein wachsendes Gewicht erhalten. Über die hierzu wie zur Begrenzung und Verringerung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten erforderlichen Maßnahmen werden die bisher bereits geführten Gespräche fortgesetzt und vertieft.

► Die Praxis der **Frühverrentung** wird abgelöst durch eine neue sozialverträgliche Möglichkeit eines gleitenden

Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand (Altersteilzeit).

- In der **Rentenversicherung** muß das Versicherungsprinzip gestärkt, schrittweise das tatsächliche Renteneintrittsalter auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung erhöht werden.
- Das **Arbeitsförderungsrecht** muß unter Berücksichtigung der ihm zugrundeliegenden Prinzipien mit dem Ziel einer stärkeren Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen und der Effizienz-erhöhung der Instrumente zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt reformiert werden.
- Im **Gesundheitswesen** müssen Kostenbegrenzung durch mehr Wettbewerb, größere Selbstverantwortung und mehr Befugnisse und Verantwortung der Selbstverwaltungen erreicht werden.
- Die Vertreter der Sozialpartner und des Staates in den Selbstverwaltungen der Sozialversicherung sind aufgefordert, im Rahmen ihrer Verantwortung alle Möglichkeiten der Kostenbegrenzung und zum Erschließen von Wirtschaftlichkeitsreserven zur Stabilisierung der Beitragssätze zu nutzen.

● Angesichts knapper Kassen müssen steuerfinanzierte Sozialleistungen zielgenauer auf jene Personengruppen konzentriert werden, die der Hilfe der Allgemeinheit am stärksten bedürfen.

2. Die Arbeitswelt stärker investitions- und beschäftigungsfördernd gestalten

Tarifautonomie und starke Tarifpartner sind zentrale Pfeiler positiver Zukunftsperspektiven. Zur Gestaltung von Arbeitswelt und Arbeitsbedingungen bleibt der **Flächentarifvertrag** das geeignete Instrument. Er wird dem Erfordernis der Flexibilisierung Rechnung tragen, die Hand-

lungsmöglichkeiten der Betriebspartner werden erweitert.

Die Repräsentanten von Wirtschaft und Gewerkschaften treten ein für eine **Tarifpolitik der Beschäftigungssicherung** und des Beschäftigungsaufbaus bei gleichzeitiger Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Dabei wird als erreichbar angesehen, einerseits im Rahmen aller gegebenen Möglichkeiten Beschäftigungssicherung zu realisieren und entstehende Handlungsräume für **Neueinstellungen** zu nutzen, andererseits durch eine **moderate Tarifpolitik** die Bedingungen für Beschäftigungsaufbau und Abbau der Arbeitslosigkeit zu verbessern.

Vorstellbar ist ein breites Spektrum von Maßnahmen:

- **Flexiblere Arbeitszeiten** ermöglichen sowohl die Senkung betrieblicher Kosten und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als auch die Erhöhung der Zeitsouveränität von Arbeitnehmern.
- ▶ **Arbeitszeitkonten** können in besonderem Maße diesem Ziel dienen und neue Formen der Arbeitszeitgestaltung bis hin zur Flankierung gleitender Übergänge in den Ruhestand ermöglichen. Die Bundesregierung wird gegebenenfalls entgegenstehende rechtliche Hemmnisse prüfen und ausräumen.
- ▶ **Überstunden** sollten - wo immer möglich - vermieden und möglichst in die Erweiterung des Arbeitsplatzangebotes umgesetzt werden; dazu können beispielsweise die Instrumente zunächst befristeter Beschäftigung ebenso wie Arbeitszeitkonten genutzt werden.
- ▶ Das zu geringe Angebot an sozialversicherungspflichtigen **Teilzeitarbeitsplätzen** muß erweitert werden; besondere Anstrengungen werden zugunsten familienfreundlicher Teilzeit- und Altersteilzeitarbeitsplätze unternommen.

● Besonderes Augenmerk soll auf die schwierige Situation **Langzeitarbeitsloser** und anderer am Arbeitsmarkt **benachteiligter Gruppen** gerichtet werden. Entsprechende tarifvertragliche Regelungen - wie beispielsweise in der chemischen Industrie vereinbart - müssen stärker genutzt werden.

● Der Aufbau einer ertragsabhängigen Säule kann das Instrumentarium der Tarifpolitik erweitern, beispielsweise im Bereich der **Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand**.

● Geprüft werden sollen in gemeinsamen Gesprächen Möglichkeiten zur Verringerung von **Fehlzeiten** in den Betrieben.

3. Impulse für Forschung und Innovation sowie Bildung und Weiterbildung verstärken

Die Zukunft des Standortes Deutschland hängt maßgeblich von der Leistungsfähigkeit und Kreativität der Forschung ab, ebenso von den Bedingungen, die heute für Entwicklung und Einführung neuer Produkte bestehen, aber auch von einem für Neuerungen offenen Klima in der Gesellschaft. Grundlage bildet der weiterhin hohe Stellenwert, den Wissenschaft und Forschung in Deutschland einnehmen sowie die Qualität und Anpassungsfähigkeit des Bildungs- und Ausbildungssystems an die Anforderungen der Zukunft. Hier wird auf lange Sicht die Zukunft des Standortes entschieden.

● Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft müssen verstärkt, die Forschungsförderung des Staates noch effizienter eingesetzt und schrittweise ausgebaut werden. Die Zusammenarbeit und der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ist zu intensivieren und zielgenauer auf Anwendungen hin auszugestalten. Die hier in den letzten Jahren erzielten Fortschritte müssen gefestigt und - insbesondere im Hinblick auf kleine

und mittlere Unternehmen - ausgebaut werden.

● Das bewährte System **dualer Berufsausbildung** muß gesichert, gestärkt und zügig den Anforderungen der Zukunft angepaßt werden:

- ▶ Die Repräsentanten der Wirtschaft bekräftigen ihre Zusage vom Frühjahr 1995, die **Zahl der Ausbildungsstellen** bis 1997 um circa 10 % zu erhöhen und eine überproportionale Steigerung in den neuen Bundesländern zu erreichen.
- ▶ Die Erhöhung der Zahl der Lehrstellen sollte von den Tarifpartnern gemeinsam durchgesetzt werden.
- ▶ Die Schaffung neuer, auf zukunftsorientierte Tätigkeitsfelder bezogene **Berufsbilder** und die Anpassung der Ausbildung an den Strukturwandel werden vorangetrieben.
- ▶ **Betriebliche Ausbildungen** sind außerbetrieblichen **vorzuziehen**.

▶ **Rechtliche Hemmnisse**, die einer Ausweitung des Ausbildungsplatzangebotes entgegenstehen könnten, werden überprüft und beseitigt.

▶ **Berufsschulzeiten** sollen organisatorisch stärker den Bedürfnissen der Betriebe angepaßt werden.

▶ Angesichts der sich absehbar verstärkenden Anspannung am Lehrstellenmarkt muß im Zweifel gelten: **Ausbildung geht vor Übernahme** in ein sich anschließendes Beschäftigungsverhältnis.

● Ausbildungszeiten, vor allem im Hochschulbereich, sind im internationalen Vergleich vielfach zu lang. Aufgrund der dynamischen Entwicklung beruflichen Wissens wird **lebenslanges, berufsbegleitendes Lernen** immer wichtiger. Qualifizierungszeiten müssen deshalb stärker über den Lebenszyklus verteilt werden. Wirtschaft, Tarifpartner und Staat sind zur Modernisierung von Bildung und Weiterbildung gemeinsam gefordert.

Politik allein schafft keinen Arbeitsplatz

... Politik allein schafft keinen Arbeitsplatz, da stehen Unternehmer und Gewerkschaften weit stärker in der unmittelbaren Verantwortung. Und auch die beklagte demographische Entwicklung kann nicht per Gesetz geändert werden, denn weder die Tatsache, daß die Menschen heute älter als früher werden, noch der Rückgang der Geburtenzahlen hat seine Ursache in dieser oder jener politischen Mehrheit.

Mit solchen Hinweisen kann sich die Politik allerdings auch nicht aus ihrer Verantwortung stehlen. Sie muß ihren Gestaltungsspielraum nutzen, um Rahmenbedingungen zu setzen oder zu

verändern. Sie muß da handeln, wo sie handeln kann. Aber andere müssen auch handeln.

Die Verantwortung von Tarifparteien, Unternehmern und Arbeitnehmern, Verbänden und Medien, Steuerzahlern und Konsumenten, Kirchen und Erziehern – um nur diese zu nennen – muß mit eingefordert werden, wenn gelingen soll, was bisher noch nicht in ausreichendem Maße gelungen ist: nämlich alle Kräfte so zu aktivieren, daß sie nicht gegeneinander, sondern miteinander unsere Zukunft sichern.

Aus der Rede von Wolfgang Schäuble in Tutzing (UiD 37/1996)

Erste Lichtenauer Energietage

Der CDU-Stadtverband Lichtenau im Kreisverband Rastatt führte im Oktober die ersten Lichtenauer Energietage durch. Das immer größer werdende Ozonloch und die Tatsache, daß private Haushalte einen großen Teil der schädlichen Emissionen verursachen, war für die CDU der Anlaß, eine solche Ausstellung zu initiieren.

„Die beste Energie ist die, die man nicht braucht“, betonte der örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Götz bei der Eröffnung.

In der Lichtenauer Stadthalle war zwei Tage lang die Möglichkeit gegeben, über Energie und insbesondere über das Energiesparen zu reden. So standen zwölf Aussteller für Gespräche und Demonstrationen bereit. Die Palette der Angebote war breitgefächert. Interessierte konnten sich über Heizungs- und Sanitäreanlagen, Isolie-

rungsmöglichkeiten vom Keller bis zum Dach des Hauses und über den Einsatz erneuerbarer Energieformen beraten lassen. Ein computergestütztes Energieinformationssystem informierte allgemein zum Thema, gab Tips, wo man weitere Informa-

„Partei aktiv“

tionen erhalten kann, und lieferte Meßdaten, die graphisch anschaulich gestaltet waren.

Für die kleinen Ausstellungsbesucher war eine betreute Bastelecke eingerichtet worden, in der sich ebenfalls alles rund um das Thema „Energie“ drehte. So konnten die Kinder z. B. Solarlüfter bauen oder kleine Windrädchen basteln.

Die ganze Veranstaltung hatte der Stadtverband mit seinen gerade 40 Mitgliedern organisiert. Die Lokalpresse berichtete umfassend über die Energietage.

Brücken der inneren Einheit

Für die CDU-Kreisverbände Märkisch-Oderland und Diepholz unterzeichneten die Kreisvorsitzenden Rainer Eppelmann und Walter Link Anfang des Jahres in Diepholz eine Partnerschaftvereinbarung.

Damit wird der freundschaftliche Kontakt dokumentiert, den beide Kreisverbände seit der Wiedervereinigung Deutschlands zueinander haben.

„Mitglieder aus beiden Kreisen trafen und unterstützen sich gegenseitig in Wahlkämpfen und bei anderen Veranstaltungen“, heißt es in der Vereinbarung, die sich schnell mit Leben erfüllt hat. Die Partnerschaft macht Spaß,

man lernt viel voneinander, arbeitet und feiert zusammen.

Immer wieder werden Gemeinsamkeiten festgestellt, die das tägliche Leben in Ost und West ausmachen.

Inzwischen hat sich eine feste Brücke zwischen Niedersachsen und Ostbrandenburg gespannt. Die Partnerschaftvereinbarung ist für die Kreisverbandsmitglieder Diepholz und Märkisch-Oderland „ein Betrag zur inneren Einheit Deutschlands“.

Unlängst überbrachte das Mitglied des Kreisvorstandes aus Diepholz, Axel Knörig, die Grüße des Partnerkreises zum Kreisparteitag der CDU in Märkisch-Oderland.

CDU Saar weiter im Aufschwung

Ein Jahr nach der Wahl von Peter Müller zum Landesvorsitzenden hat die CDU Saar auf ihrem Landesparteitag in Neunkirchen gezeigt, daß sie sich weiter im Aufwind befindet. Motiviert und geschlossen hinter ihrem Landesvorsitzenden stehend, präsentierte sich die CDU Saar den Saarländerinnen und Saarländern.

CDU Saar hat Alternativen

Wie der Landesvorsitzende Peter Müller in seiner mit Beifall und stehenden Ovationen gefeierten Grundsatzrede darlegte, braucht das Saarland dringend eine politische Alternative, denn Ministerpräsident Lafontaine erweise sich immer mehr als „landespolitischer Totalversager“. 25 Prozent mehr Arbeitslose im Saarland gegenüber der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit im Bund, eine Beschäftigungslücke von 37.000 Arbeitsplätzen und ein Bruttoinlandsprodukt, das im ersten Halbjahr 1996 im Saarland um 0,2 Prozent zurückging, während es im übrigen Deutschland um 0,7 Prozent stieg, belegen diese Aussagen eindeutig.

Unter starkem Beifall der Delegierten erklärte Peter Müller, daß Oskar Lafontaine durch diese Politik zur größten Gefahr für die Selbständigkeit des Landes werde. Nur wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigt würden, könne die Selbständigkeit auf Dauer gesichert werden.

Dazu hat die CDU Saar als erste saarländische Partei mit ihrem Beschluß „Arbeit für alle“ eine geschlossene und überzeugende wirtschaftspolitische Konzeption vorgelegt, auf deren Grundlage in den kommenden Monaten ein alternatives Regierungsprogramm entwickelt wird.

Neben einem aktiven Strukturwandel unter Einbeziehung eines lebendigen Berg-

baus im Rahmen eines Ausgleichsprogrammes Saar fordert die CDU darin eine Mittelstands-Vorrangpolitik und den konsequenten Umbau des Sozialstaates.

Gegen Wahlalter 16

An die Bundespartei gerichtet, forderte Peter Müller eine Rückbesinnung auf klare politische Leitlinien. Die CDU Saar stehe zu den Beschlüssen der Regierungskoalition im Rahmen des Programms für Wachstum und Beschäftigung. Allerdings müsse in Zukunft vermieden werden, daß, wie bei der Diskussion um die Vermögenssteuer, der Eindruck entstehe, der CDU sei die Abschaffung der Vermögenssteuer, der SPD jedoch die Erhöhung des Kindergeldes zu verdanken.

Ablehnend äußerte sich Peter Müller zu einer Herabsenkung des Wahlalters. Man dürfe nicht Rechte aus- und gleichzeitig Pflichten der Jugendlichen abbauen, wie dies die SPD wolle. Dieser Vorstoß der SPD sei ein untauglicher Versuch, bei den Jugendlichen wieder Fuß zu fassen.

Positive Parteilarbeit

Eine positive Bilanz des ersten Jahres seiner Amtszeit konnte Peter Müller auch über den Zustand der Partei ziehen. Die Mitgliederentwicklung verlaufe positiv. So seien erstmals seit einigen Jahren im zweiten Halbjahr mehr Mitglieder ein- als ausgetreten. Die bisherigen Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen im Saarland – so der Landesvorsitzende – hätten den Aufwärtstrend der CDU Saar klar bestätigt.

Für das kommende Jahr kündigte Peter Müller die Fortsetzung der Mitgliederwerbekampagne und eine verstärkte Servicearbeit vor Ort an. Ein weiterer Höhepunkt des Parteitages war die zweistündige Rede

des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Stoiber sprach sich für eine Stärkung des Förderalismus aus. Viele zukunftsentscheidende Fragen könnten nur in den Ländern gelöst werden. Ob die Länder dieser Aufgabe gerecht würden, sei nicht in erster Linie eine Frage des Geldes, sondern der Kreativität.

Er hätte allerdings den Eindruck, so Stoiber, daß es damit bei der saarländischen Landesregierung nicht weit her sei. Der saarländische Ministerpräsident weise eine katastrophale Heimbilanz auf, mit der er nicht Kanzler werden dürfe und mit der er im Saarland abgelöst werden müsse.

„Arbeit für alle“

Der Nachmittag stand ganz im Zeichen der Beratungen des Leitantes „Arbeit für alle“. Zur Vorbereitung der Antragsberatungen diskutierte unter Leitung des Landesvorsitzenden Peter Müller ein mit hochkarätigen Vertretern aus Wirtschaft,

Forschung und Politik, an ihrer Spitze Bundesbauminister Klaus Töpfer, besetztes Forum über Möglichkeiten und Grenzen für Staat und Wirtschaft zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Klaus Töpfer machte dabei anhand der Wohnungsbaupolitik deutlich, wie sich politische Rahmenbedingungen auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkten. So sei die Bautätigkeit im Wohnungsbereich im großen Maße geprägt von steuerrechtlichen Regelungen der Abschreibungen. Aus diesem umfassenden Ansatz heraus habe die Bundesregierung mit ihrem Programm für Wachstum und Beschäftigung einen guten Rahmen geschaffen, der jetzt allerdings auch von den Tarifpartnern ausgefüllt werden müsse.

Der Leitantag „Arbeit für alle“ wurde zum Abschluß des Parteitages einstimmig angenommen.

Mit der Fertigstellung des Reichstages nimmt der Bundestag seine Arbeit in Berlin auf

Gemeinsame Erklärung der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Rita Süßmuth, und der Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen, Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Hermann Otto Solms:

Angesichts von Mißverständnissen über die jüngsten Erörterungen des Ältestenrates zur Aufnahme der Arbeit des Deutschen Bundestages in Berlin wird festgestellt:

1. Es besteht Einigkeit darüber, daß mit der Fertigstellung des Reichstages der Deutsche Bundestag seine Arbeit dauerhaft in Berlin aufnimmt. Von die-

sem Zeitpunkt an werden alle Plenarsitzungen des Bundestages in der Bundeshauptstadt stattfinden, und die Parlamentsarbeit wird im wesentlichen nach Berlin verlagert.

2. Bundesregierung und Bundestagsverwaltung werden gebeten sicherzustellen, daß zu diesem Zeitpunkt die Voraussetzungen für die Arbeitsfähigkeit des Parlaments auch dann nach § 2 Abs. 2 des Bonn/Berlin-Gesetzes hergestellt sind, wenn die Neubaumaßnahmen im Spreebogen noch nicht vollständig abgeschlossen werden konnten.



Harmonie in Sinfonie ist der Titel unserer Klassik-CD, mit der wir die Reihe der erfolgreichen CDU-Sonderproduktionen fortgesetzt haben. Mit Werken von Schubert, Mozart, Telemann, Haydn und Mendelssohn enthält diese CD eine harmonische Zusammenstellung klassischer Sinfonien. Rechtzeitig für die etwas ruhigere Jahreszeit ist diese CD auch in diesem Jahr wieder in unserem Versandzentrum erhältlich (Gesamtspieldauer ca. 64 Minuten).

Bestell-Nr. **9116**

Preis je Exemplar: 7,80 DM zzgl. MwSt.

Weihnachten mit der CDU

Festlich schenken und verpacken mit dem Geschenkpapier der CDU. Dieses Geschenkpapier ist mit einem Rapport aus Länderwappen und CDU-Logo versehen und ist deshalb zeitlos für alle festlichen Anlässe einsetzbar. Um zudem auch den Umweltschutz nicht außer Acht zu lassen, wurde dieses Geschenkpapier zu 100 Prozent aus Altpapier hergestellt.

Alle Jahre wieder ist es eine schöne Tradition, z. B. im Kreis der Familie oder mit Freunden einen gemütlichen Adventssonntag mit Tee, Gebäck und vorweihnachtlicher Hausmusik zu verbringen. Doch Hand auf's Herz! Kennen Sie alle Texte und Noten auswendig?

Durch die Ausstechförmchen der CDU können Sie z. B. beim Weihnachtsbasar oder an den Info-Ständen Ihres Ortsverbandes leckeres CDU-Gebäck anbieten.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum • Postfach 11 64
33759 Versmold • Fax (0 54 23) 4 15 21

(*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.)



◀ **CDU-Ausstechformen-Set**

Bestell-Nr. 9109

Verpackungseinheit: 10 Sets

Preis je 10 Sets.: 17,00 DM



▲ **Geschenkpapier**

Bestell-Nr. 9592

Verpackungseinheit: 20 Bogen

Preis je Verpackungseinheit: 19,60 DM

Advents- und Weihnachtslieder



CDU

▲ **Weihnachtsliederbuch**

Bestell-Nr. 2867

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 24,75 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

UIDA2600-542720 PAK 237 ST 75
Z 8457

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin



Wir
wünschen
ein frohes
Weihnachts-
fest und
ein gutes
Neues Jahr

CDU

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten.
Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie
sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

38/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb:
Tel. (0228) 5307-189. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~von~~ Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.